

II- 1264 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den

13. JULI 1972

197.2

Stubenring 1

Telephon 57 56 55

Zl. 50.004/30-4/0/1-72

488/A.B.

zu

484/J.

Präs. am 17. Juli 1972

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dipl. Volkswirt Josseck und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Maßnahmen zur Beseitigung von Autowracks (Zl. 484/J-NR/1972).

In der gegenständlichen Anfrage werden an die Frau Bundesminister folgende Fragen gerichtet:

"1. Welche Vorschläge wurden von Ihrem Ministerium zur Lösung des gegenständlichen Problems ausgearbeitet?

2. Welche Stellung beziehen Sie zu den oben genannten Vorschlägen?

3. Haben Sie Ihre diesbezüglichen Vorschläge bereits an das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie herangetragen?"

In Beantwortung der vorliegenden Anfragen teile ich mit:

Zu 1.:

Im Rahmen des Gesundheits- und Umweltschutzplanes wurde wegen der großen Bedeutung der Abfallwirtschaft für den Umweltschutz diesem Problemkreis ein eigenes Kapitel

./.

gewidmet. Unter Punkt 4034 wird gesondert die Möglichkeit der Abkehr von der Wegwerfwirtschaft behandelt und die Kreislaufwirtschaft in den Vordergrund gestellt.

Gerade beim Altwagenanfall, der für die Schrottindustrie ein hochwertiges Rohprodukt darstellt, wurden die Prinzipien des "recycling" bereits in die Praxis umgesetzt.

Zu 2. und 3.:

Beide in der Anfrage genannten Lösungsmöglichkeiten wurden in meinem Ressort erwogen. Sowohl der Schrottbrief als auch der Nachweis der Beseitigung des Altwagens wären gangbare Möglichkeiten, die seitens meines Bundesministeriums bereits zur Diskussion gestellt und mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie besprochen wurden.

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, in dessen Zuständigkeitsbereich eine gesetzliche Regelung dieser Materie fallen könnte, ist bereits seit einiger Zeit bestrebt, zu einer befriedigenden Lösung dieses Problems zu gelangen und steht daher diesen Initiativen meines Bundesministeriums sehr aufgeschlossen gegenüber.

Mein Ressort wird bemüht sein, dazu beizutragen, die hiebei auftretenden Schwierigkeiten wirtschaftlicher, verwaltungstechnischer und auch rechtlicher Natur durch Kontaktnahme mit den zuständigen Stellen, vor allem im Rahmen des interministeriellen Komitees für Umwelthygiene, zu beseitigen.

Im übrigen darf darauf hingewiesen werden, daß in einigen Gemeinden bereits gutfunktionierende Altwagenabholdienste bestehen. Im Bereich von Wien werden z.B. Altwagen durch die Magistratsabteilung 48 kostenlos abtransportiert, nachdem der Eigentümer eine Verzichtserklärung abgegeben hat.

Der Bundesminister:

Kawisch